

Die soziale Frauenschule von 1917

Die Entwicklung der Sozialarbeitsausbildung in Hamburg (Teil 1)

In diesen Tagen kann das Department Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften auf eine hundertjährige Geschichte zurückblicken, die auch die wechselvolle (sozial-)politische Entwicklung Deutschlands, den Funktionswandel der sozialen Arbeit und die Veränderungen in der Sozialarbeitsausbildung spiegelt.

Seit der Entstehung des Kapitalismus begleiteten Existenzängste und –nöte das Leben der Proletarierfamilien, insbesondere bei Verlust des Arbeitsplatzes, bei Arbeitsunfähigkeit und im Alter. Manche Lebensrisiken wurden mehr schlecht als recht durch die in den 1880er Jahren eingeführten Sozialversicherungen aufgefangen. Angesichts des löchrigen sozialen Netzes behielten die gewerkschaftlichen Selbsthilfeeinrichtungen bis zum Ende des Kaiserreiches ihre Bedeutung. Viele Menschen blieben aber auf Hilfen der privat oder kommunal organisierten Armenpflege angewiesen.

Bis zum frühen 20. Jahrhundert kümmerten sich in Hamburg Frauen und Männer aus sozial höheren Schichten aus einer bürgerschaftlichen Gesinnung heraus um die Bedürftigen. Mitglieder der 1896 von Helene Bonfort gegründeten Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins engagierten sich in der Wohlfahrtspflege. Den Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung erschien das weibliche Geschlecht aufgrund der traditionellen Rolle als Hausfrau und Mutter und der hier entwickelten Eigenschaften der Einfühlbarkeit und Fürsorglichkeit als besonders geeignet für die soziale Hilfstätigkeit. Ausge-

schlossen von „Männerberufen“ sollte in der sozialen Arbeit ein frauendominierter Bereich entstehen.

Soziale Arbeit an der „Heimatfront“

Als mit Beginn des Ersten Weltkrieges die Männer an die Waffen gerufen wurden und mit ihrem geringen Wehrsold die Familien nicht mehr ernähren konnten, erhöhte sich die Zahl der Hilfsbedürftigen im Deutschen Reich. Um die Kriegshinterbliebenen und Angehörigen der einberufenen Soldaten nicht mit den Empfänger_innen der diskriminierenden Armenunterstützung gleichzusetzen, wurden die „Kriegerfamilien“ von der neu geschaffenen Kriegsfürsorge unterstützt. Aus patriotischen wie sozialen Motiven schlos-

Das Massenelend an der „Heimatfront“, aber auch die Sorge vor sozialen Unruhen hatte die Notwendigkeit einer effizienteren Organisation des Fürsorgewesens deutlich werden lassen

sen sich bürgerliche und sozialdemokratische Vereine in der Hamburgischen Kriegshilfe zusammen, um der in steigendem Maße notleidenden Zivilbevölkerung zu helfen.

Für Gertrud Bäumer, akademisch gebildet und an der Humboldt-Universität promoviert, seit 1910 Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine als Dachorganisation der bürgerlichen Frauenvereine und Lehre-

rin an der von Alice Salomon gegründeten Sozialen Frauenschule in Berlin, traf Deutschland keine Schuld am Ersten Weltkrieg. Bäumer rief zur Bildung eines Nationalen Frauendienstes auf. In Hamburg wie in jeder Stadt halfen die Frauenvereine bei der Lebensmittelversorgung, der Familienfürsorge, der Arbeitsvermittlung und der Beratung von Frauen. Die bürgerlichen Frauen verbanden mit der vaterländischen Pflichterfüllung auch die Hoffnung auf die Anerkennung ihrer Leistung für die Nation. Als 1916 mit dem Hilfsdienstgesetz die Arbeitspflicht für alle nicht zum Kriegsdienst eingezogenen Männer erlassen wurde, warben bürgerliche Frauenrechtlerinnen wie Gertrud Bäumer unter den Arbeiterinnen für kriegswichtige Tätigkeiten im Rahmen des freiwilligen Hilfsdienstes, vor allem in den Munitionsfabriken, aber auch auf den Werften.

Bäumer war mit ihrer engen Freundin Helene Lange, der Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins, zu diesem Zeitpunkt bereits von Berlin nach Hamburg übergesiedelt. Sie folgte dem Ruf einer Gruppe von Persönlichkeiten aus dem hanseatischen Großbürgertum um den Senator August Lattmann, die in der Hansestadt in privater Trägerschaft eine Soziale Frauenschule gründen wollten. Das Massenelend an der „Heimatfront“, von der auch Mittelstandsfamilien betroffen waren, aber auch die Sorge vor sozialen Unruhen hatte die Notwendigkeit einer effizienteren Organisation des Fürsorgewesens und der Qualifikation lediger Bürgertöchter für eine ehrenamtliche oder auch professionel-

le Tätigkeit im Feld der sozialen Arbeit deutlich werden lassen.

Mit Bäumer und der als Gewerbeinspektorin erfahrenen Dr. Marie Baum fand man eine geeignete Leitung für die Soziale Frauenschule, die von ihrer Gründung im Frühjahr 1917 bis 1927 Räume in der Moorweidenstraße 24 nutzen konnte. In der mit Bildungseinrichtungen nur spärlich gesegneten Hansestadt wurde die Gründung der Sozialen Frauenschule begrüßt. Der Bürgermeister Werner von Melle, der auch an der Gründung der Universität Hamburg im Jahre 1919 maßgeblich beteiligt war, zeigte sich zuversichtlich, dass der Aufbau einer „Musteranstalt“ gelingen würde.

Moderner Unterricht für die sozialen Berufe

Bäumer erwartete von ihren Schülerinnen, jungen Frauen aus dem Bürgertum, ein „geistig-sittliches Wertebewusstsein“, das christlich oder humanistisch sein konnte. Der von Marx geprägte Sozialismus war ihr zwar fremd, als aber eine Bewerberin den Kampf gegen die wettbewerbsfeindlichen Syndikate als letzten Grund für ihr Interesse an einer Ausbildung für die soziale Berufsarbeit nannte, konnte Bäumer auch dies akzeptieren. Sie verlangte aber neben dem Idealismus auch „die Fähigkeit, zu beurteilen, in welchen Formen sich auf dem Boden der gegenwärtigen wirtschaftlich, sozial, politisch bestimmten Wirklichkeit und im Lebensausschnitt der gegebenen Berufspflicht das Gute verwirklichen lässt“. In Abgrenzung zur traditionellen Wohltätigkeit sollte in Bäumers Konzeption soziale Arbeit nicht nur in Notlagen helfen, sondern schon der Entstehung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen entgegenwirken.

Die von den Schülerinnen im Berufsleben benötigten Fähigkeiten sollte der theoretische wie praktische anspruchsvolle Un-

terricht fördern, der sich in eine Vorbereitungsklasse und eine zweijährige Ausbildung gliederte. Die Aufnahme an die Soziale Frauenschule war an die Vollendung des 18. Lebensjahres, Lyzeumsreife, eine praktische Ausbildung und die Zahlung des Schulgeldes geknüpft. Zum Lehrplan der aus einem Unter- und einem Oberkursus bestehenden Frauenschule gehörten Geschichte, Bürgerkunde, Volkswirtschaftslehre, Einführung in die Praxis der Wohlfahrtspflege, Psychologie, Pädagogik, Organisationslehre, Sozialethik, Gesundheitslehre und häusliche Kulturpflege im Sinne des 1914 verstorbenen Hamburger Kunsthallen-Direktors und Kunstpädagogen Alfred Lichtwark.

Während in der Sozialen Frauenschule der Fachunterricht im Vordergrund stand, sollten im angeschlossenen Sozialpädagogischen Institut (Sozipä) in Fachseminaren „mit hochschulmäßiger Arbeit“ Probleme aus der Praxis der sozialen Berufsarbeit untersucht werden. Auf drei bis vier Semester angelegt war in dieser Aufbaueinrichtung die Ausbildung von Frauen für eine selbständige Sozialverwaltungstätigkeit bzw. zur Lehrerin an sozialen Frauenschulen geplant. Insbesondere durch diesen Aufbau wollte sich das Hamburger Institut von anderen Sozialen Frauenschulen im Deutschen Reich abheben. Doch musste dieses ambitionierte Ziel aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel aufgegeben werden.

Zu Ostern 1917 wurde die Schule mit zwei Parallelklassen und zirka 30 Schülerinnen, größeren Teils aus Hamburg, aber auch aus anderen Städten des Deutschen Reiches eröffnet. Zu den Schülerinnen gehörten auch Töchter aus den führenden Familien der Hansestadt. Für die Lehre stellten sich Professoren wie der Psychologe William Stern, der Nationalökonom und spätere Rektor der Universität Hamburg

Fotos: Archiv des Departments Soziale Arbeit der HAW



Gertrud Bäumer
geboren am 12. September 1873

Gertrud Bäumer: Gründerin der Sozialen Frauenschule in Hamburg

Karl Rathgen, andere hoch qualifizierte Wissenschaftler sowie Frauen und Männer mit ausgewiesenen Kenntnissen aus der Berufswelt wie der Leiter der Armenanstalt, Otto Lohse, zur Verfügung, die anfangs auf einer wöchentlichen Lehrerkonferenz ihre Erfahrungen austauschten.

1919 umfasste das Lehrpersonal insgesamt 34 Personen. Zwischen den Lehrenden und den Schülerinnen bildete sich in der entbehrungsreichen Kriegs- und frühen Nachkriegszeit ein sehr enges, persönliches Verhältnis heraus. Viele Schülerinnen bewunderten die charismatische Gertrud Bäumer. Umgekehrt zeigte sich Bäumer vom „Frontgeist“ der Schülerinnen beeindruckt, die „nach dem Sinngehalt der Zeit“ suchten.

Dr. Maria Baum, die Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik lehrte, berichtet über Fabrikbesichtigungen, Teilnahme an Beratungen der Kriegsfürsorge

und andere Einblicke in die sozialpflegerische Arbeit, die den Unterricht lebendiger werden ließen. Im nach Trimestern gegliederten Schuljahr wechselten sich theoretisches und praktisches Lernen ab. So arbeiteten die Schülerinnen im Wohlfahrtssamt, in Kindergärten und an-



*Margarete Treuge
4. 8. 1956
(85 Jahre alt)*

Margarete Treuge: Schulleiterin von 1920 bis 1933

deren Sozialeinrichtungen. Ihre Erfahrungen hielten die Schülerinnen in schriftlichen Arbeiten, z. B. der Darstellung Hamburger Stadtteile mit deren Sozialstruktur, den Lebensweisen ihrer Bewohner_innen und den Einrichtungen der öffentlichen Fürsorge fest.

Auf Abschlussprüfungen verzichtete man bis zur Übernahme der preußischen Prüfungsordnung im Jahre 1921. Baum erinnert sich auch gern an gemeinsame Freizeiten im Schulandheim, an Wanderungen,

die den Gemeinschaftssinn förderten. Im revolutionären Umbruch des Herbstes 1918 gab das wechselseitig entgegengebrachte Vertrauen den Schülerinnen und Lehrerinnen auch ein Stück weit Halt.

Soziarbeitsausbildung im Weimarer Sozialstaat

Die Novemberrevolution von 1918 und die politischen Krisen der frühen Weimarer Republik hatten offenbar keinen unmittelbaren Einfluss auf den Schulbetrieb. Die sich als national-sozial verstehende Bäumer bedauerte die in ihrer Wahrnehmung wenig nationale Haltung der seit 1916 gespaltenen Sozialdemokratie. In ihren Erinnerungen schreibt sie vom „dunklen 9. November“, dem Tag des Untergangs der Hohenzollern-Monarchie. Gleichwohl wirkte sie an der politischen Gestaltung der Weimarer Republik mit und gründete mit Friedrich Naumann die liberale Deutsche Demokratische Partei. Als Abgeordnete in der Nationalversammlung beteiligte sich Bäumer an den Beratungen über die Weimarer Reichsverfassung, in der Forderungen der Frauen- bzw. der Arbeiterbewegung wie das Frauenwahlrecht und die Koalitionsfreiheit verankert waren.

Als Baum und Bäumer 1919 bzw. 1920 Hamburg verließen, um sich neuen politischen und beruflichen Aufgaben zu widmen, hinterließen sie dem Sozipä ein gutes Fundament. 1920 wurde die Soziale Frauenschule als Wohlfahrtsschule staatlich anerkannt. Mit der 1923 erfolgten Verstaatlichung des nun von Margarete Treuge geleiteten Instituts sollte sich auch die finanzielle Lage der Schule stabilisieren. Damit nahm auch der Einfluss des Senats, in dem Sozialdemokraten und Vertreter der DDP zusammenarbeiten, auf die Schule zu. Der Trägerverein der Sozialen Frauenschule wandelte sich in einen Förderverein

um. Sein Vereinszweck bestand darin, „durch wirtschaftliche Erleichterungen für die Schülerinnen und Schaffung von Gemeinschaftsstätten für Geselligkeit und Erholung das sozialpädagogische Institut zu einer Schulgemeinschaft zu machen“.

So blieb auch die Zahl der Schulabbrecherinnen gering. Im Jahresbericht von 1924/25 erwähnt Treuge indes, dass „zahlreiche Schülerinnen die Inflationszeit nicht wirtschaftlich durchhalten konnten“ bzw. als Spätfolge der Unterernährung in der Kriegszeit „der Ausbildung körperlich nicht gewachsen“ waren. Beispielhaft führt dies auch den gegenüber der Vorkriegszeit gesunkenen Lebensstandard vor Augen. Angesichts der für den Einzelnen wie für die Gesellschaft bedrohlichen wirtschaftlichen Wechsellagen hatte der Ausbau sozialstaatlicher Leistungen wie z.B. der Arbeitslosenversicherung von 1927 und die Entwicklung des Reiches zur zentralstaatlichen Steuerungsinstanz in der Wohlfahrtspflege stabilisierende Wirkungen. Mit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922 und der Reichsfürsorgepflichtverordnung sowie der Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge von 1924 konnten die Fürsorger_innen auf einer wohlfahrtsstaatlichen Grundlage im Interesse ihrer Klient_innen arbeiten.

Treuge äußerte sich trotz des staatlichen Stellenabbaus nach der Inflationszeit zuversichtlich über die Berufsaussichten der Absolventinnen der Sozialen Frauenschule, die sich nach der erfolgreichen Prüfung noch in einem Praktikantinnenjahr auf die berufliche Praxis vorzubereiten hatten. Die Verzweigung der sozialpädagogischen Arbeitsfelder nährte Hoffnungen auf neue ehrenamtliche, aber auch berufliche Beschäftigungsmöglichkeiten für die jungen Frauen. Treuge forderte aber auch „die

Umwandlung des bisherigen Angestellten – in ein festes Beamtenverhältnis, eine Aufgruppierung beim Gehalt und günstiger bemessene Urlaubszeiten.

Die hauptamtlichen Lehrkräfte wurden vom Beamterrat vertreten. Ein großer Teil des Lehrplans konnte aber nur durch nebenberufliches Personal aufrechterhalten werden. Weil in den ruhigeren Mitteljahren der Weimarer Republik die Schüle-

*Auf Anregung des
Jugendamtes wurden
seit 1930 auch Männer
zur Ausbildung als
Wohlfahrtspfleger
aufgenommen*

rinnenzahlen anstiegen, litt die Schule zeitweilig unter einem Raummangel. 1927 konnte das Sozipä ein größeres Gebäude im Mittelweg beziehen. Neben der zweijährigen Ausbildung von Wohlfahrtspflegerinnen führte das Sozipä Nachschulungslehrgänge für männliche Angestellte der Wohlfahrtsbehörden und für Wohlfahrtspflegerinnen zur Vorbereitung auf die Prüfung zur staatlichen Anerkennung durch. Hiermit konnte man zumindest ansatzweise Bäumers Anspruch gerecht werden, eine Brücke zwischen der theoretischen Ausbildung und der sozialen Praxis zu schlagen.

Wichtig war der Schulleitung auch ihr Fortbildungsangebot als Form eines öffentlichen Vorlesungswesens für Studentinnen der Universität, Lehrerinnen und Wohlfahrtspflegerinnen. 1926 referierte der Pädagoge Hermann Nohl über „Die geistigen Energien der Jugendwohlfahrtsarbeit“. Im Winter 1927/28 betrachtete man „das russische Problem“ von Dostojewski bis Lenin. Auch dem italienischen Faschismus widmete man Aufmerksamkeit. Für eine religiös-

soziale Woche im Jahre 1929 konnte das Sozipä den jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber und den Theologen Paul Tillich als Referenten gewinnen, der einen Vortrag über den religiösen Sozialismus hielt.

Die Wohlfahrtspflege in der Weltwirtschaftskrise

Die 1929 einsetzende internationale Depression wirkte sich ganz besonders auf die vom Handel abhängige Hansestadt aus. Die Zahl der Arbeitslosen, darunter zunehmend mehr Wohlfahrtserwerbslose, stieg und die Unterstützungssätze wurden gesenkt. Im Sozipä befürchtete man, entlassene Kontoristinnen könnten einen Berufswechsel in die soziale Arbeit erwägen. Treuge warnte vor einer Entwertung der wohlfahrtspflegerischen Arbeit durch die Tätigkeit dafür nicht qualifizierter Personen. Die Bewerberinnenzahl an der Sozialen Frauenschule stieg derweil, sodass die Zulassung beschränkt werden musste.

Auf der anderen Seite wurden auf Anregung des Jugendamtes seit 1930 auch Männer zur Ausbildung als Wohlfahrtspfleger aufgenommen. Da diese Männer aus kaufmännischen oder gewerblichen Berufen über keine pflegerische oder pädagogische Vorbildung verfügten, mussten sie vor Eintritt in die Soziale Frauenschule ein Vorpraktikum absolvieren. Den Unterricht im Unter- und Oberkurs führte man in einigen Fächern getrennt nach Geschlechtern, in anderen Seminaren koedukativ durch. 1932 legten die ersten Schüler ihre Prüfung ab.

In dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des drohenden Staatsbankrotts begannen sich die Berufsaussichten der eigentlich dringend benötigten Wohlfahrtspflegerinnen zu verdüstern. Entsprechend der politischen Couleur fand man unterschiedliche Schuldige für die wirtschaftliche und politische

Krise des Deutschen Reiches. Während man in der Linken die Ursache der Krise im kapitalistischen System verortete, identifizierten die Nationalsozialisten Angehörige „nicht-arischer“ Rassen, randständige Menschen und Behinderte als so genannte Volksschädlinge.

Wenn man sich an die humanistischen und emanzipatorischen Ziele der Gründerinnen der Sozialen Frauenschule erinnert, mag es verwundern: Aber auch Lehrer_innen an den Wohlfahrtsschulen und Fürsorger_innen zeigten sich für nationalsozialistisches Gedankengut empfänglich. Unter den Sozialpädagog_innen mehrten sich in der Krise die Stimmen, die unangepassten oder wirtschaftlich untauglichen Klient_innen ein Recht auf sozialstaatliche Leistungen absprachen. Man war es in der Praxis gewöhnt, zwischen unverschuldet und unverbesserlichen Armen zu unterscheiden. Diese verbreitete Sichtweise veranschaulicht der 1931 geschriebene Aufsatz einer Schülerin des Sozipä über „Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen für den einzelnen Menschen und den Staat“. Hier heißt es: „Minderwertige Menschen werden leicht an die Faulheit gewöhnt. Dies ist ein Schaden für die spätere Arbeitsmöglichkeit. Eine allgemeine Verlotterung kommt sehr leicht hinzu.“ Der Staat müsste „der sittlichen Verkommung“ vorbeugen. Die Lehrerin bemängelte lediglich den Ausdrucksfehler. Wie radikal die Nationalsozialisten gegen „minderwertige Menschen“ vorgehen, aber auch die Ziele der sozialen Arbeit umdefinieren und den Unterricht in den Wohlfahrtsschulen verändern würden, sollte sich bald nach Hitlers Machtübernahme zeigen.

FRIEDRICH STAMP
Lehrbeauftragter an der HAW,
Department Soziale Arbeit